

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	104 (2010)
Heft:	12
Artikel:	Das "Andere Deutschland" und die gestohlene Revolution : zwanzig Jahre deutsche Wiedervereinigung
Autor:	Ordnung, Karl
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-390192

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das «Andere Deutschland» und die gestohlene Revolution

Zwanzig Jahre deutsche Wiedervereinigung

Während der 20. Jahrestag des Mauerfalls im vergangenen Jahr in Deutschland mit grossem Aufwand begangen wurde, blieb es merkwürdig still um den Tag der Wiedervereinigung, der sich am 3. Oktober in diesem Jahr zum zwanzigsten Mal gefährt hat. Offensichtlich mit gutem Grund. Denn die Bilanz des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten fällt äusserst ernüchternd aus und strafft die seinerzeit abgegebenen vollmundigen Versprechungen und Prognosen Lügen.

• Seit 2005 gibt ein Kreis von 31 kirchlichen Institutionen (darunter ganze evangelische Landeskirchen, Diakonische Werke, die evangelisch-methodistische Kirche, Misereor und die katholische Arbeitnehmerschaft) ein «Jahrbuch Gerechtigkeit» heraus, von dem inzwischen vier Bände vorliegen. Der dritte, Ende 2008 erschienene Band beschäftigt sich unter dem Titel «Zerrissenes Land» mit dem Stand der deutschen Vereinigungsprozesses. Darin wird unter anderem festgestellt, dass bisher natürlich viel geleistet wurde, etwa im Blick auf Strassenbauten, Altstadtsanierungen und die Schaffung einiger moderner Industriekerne. Auch lebten die meisten Ostdeutschen heute besser als vor der «Wende». «Aber trotz dieses Zuwinns konnte sich bisher keine Zufriedenheit mit der allgemeinen Lebenssituation einstellen.» Der Grund: Die Ostdeutschen sehen sich ungerecht behandelt.

Die heutige Lage in Deutschland

wird als Ergebnis eines «doppelten Umbruchs» gesehen. Einerseits musste eine Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft überführt werden, zum anderen geriet dieser Prozess unter den zunehmenden Einfluss der Globalisierung, die die Konkurrenz weltweit verschärfte. Das führte in der früheren DDR zu einer umfassenden Deindustrialisierung, durch die nicht nur technologisch zurückgebliebene, sondern auch und vor allem die modernen Betriebe liquidiert wurden, die mit westdeutschen Firmen hätten konkurrieren können.

Die Folge:

- In Ostdeutschland entstand mit wenigen Ausnahmen eine Filialökonomie, die die Entwicklung einer selbsttragenden Wirtschaft eher behinderte als förderte; die Zahl der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen ist doppelt so hoch wie im Westen.
- Umgekehrt konnten in Westdeutschland 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze

geschaffen werden; bis heute fährt die westdeutsche Wirtschaft jährlich fast 100 Millionen Euro «Vereinigungsgewinn» ein.

•Diese Lage veranlasst gut ausgebildete junge Leute, vor allem Frauen, zur «Flucht» aus dem Osten, sodass 2020 zwei Drittel der Ostdeutschen Rentner-Innen sein werden.

Der Hauptgrund für die Frustration vieler Ostdeutscher dürfte allerdings gar nicht diese äussere Lage sein. Im globalen Vergleich geht es ihnen ja nicht schlecht. Es ist wohl, vor allem für die Älteren, eher die Entwertung ihrer Biografien, die sich vor allem in der pauschalen Charakterisierung der DDR als «Unrechtsstaat» ausdrückt. Sicher, die DDR war kein Rechtsstaat, und es ist erhebliches Unrecht in ihr geschehen. Aber «Unrechtsstaat» suggeriert, dass es ausser dem ganz Persönlich-Privatem, nichts Positives gegeben habe. Das stimmt einfach nicht und missachtet die Lebensleistung vieler.

Beide deutschen Staaten waren Produkte der Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg. In dieser Auseinandersetzung verweigerte die ehemalige BRD der DDR völkerrechtlich das Existenzrecht. Es ging ihr konsequent um den Anschluss Ostdeutschlands, der schliesslich, nachdem sich die weltpolitische Situation verändert hatte, 1990 vollzogen wurde. Damals hatte die Unzufriedenheit mit den Zuständen im Land bei weiten Teilen der Bevölkerung einen Höhepunkt erreicht.

Von Anfang an

befand sich der ostdeutsche Staat in einer besonders schwierigen Situation. Während im Westen gewisse politische und ökonomische Entwicklungslinien von vor 1933 restauriert wurden, sollte im Osten etwas ganz Neues errichtet werden – aber eben mit Menschen, die in ihrer Mehrheit auch Hitler unterstützt hatten, und unter den Bedingungen des Kalten Krieges, das heisst

mit einem Nachbarn, der jede Schwäche, jeden Fehler ausnützen würde. Das führte beinahe zwangsläufig zur besonders nachdrücklichen Betonung des Existenzrechtes der DDR und verhinderte damit im Inneren die nötige Gelassenheit im Umgang mit Kritik und Protest. Aber genau dies musste auf die Heranwachsenden, die weder Krieg noch Nachkriegszeit erlebt hatten, negativ wirken und sie gegenüber dem Staat mehr und mehr entfremden. Als dann die DDR der westlichen Konsumpropaganda immer weniger entgegenzusetzen hatte und schliesslich auch die Hoffnung, die Gorbatschow neu belebt



Wolfgang Mattheuer: Zwiespalt, Holzschnitt zum Thema Zerissenheit, das als Auseinandersetzung mit der Spaltung Deutschlands gedeutet werden kann (Bild Archiv Baer).

hatte, an der Starrheit des Politbüros zerschellte, wuchs der Drang, das Land zu verlassen, was zur Maueröffnung und schliesslich zur Wiedervereinigung führte.

Genau dies hatten die Initiatoren der «friedlichen Revolution» nicht gewollt. «Bürgerrechtler, Oppositionelle und kritische Gruppen in der DDR sind mit dem Ziel eines demokratischen Sozialismus auf die Strasse gegangen.» Schreibt Jochen Garstecki, der die damaligen Ereignisse hautnah miterlebte. Von 1971 bis 1990 war der katholische Theologe Referent für Friedensfragen

beim Bund der Evangelischen Kirche in der DDR. Die Kirchen spielten in all dem überhaupt eine wichtige Rolle. 1988/89 boten sie mit drei Ökumenischen Versammlungen (an denen ich als Delegierter meiner Kirche teilnahm) dem Bürgerprotest eine Plattform und gewannen mit ihrer Zielstellung «für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» nicht nur Einfluss auf die Richtung, sondern auch auf die Gewaltfreiheit der «friedlichen Revolution». KirchenvertreterInnen waren aktiv beteiligt an den Massendemonstrationen, die die SED als führende Partei entmachteten und den Staatssicherheitsdienst auflösten. Sie sassen – häufig als Moderatoren – an den Runden Tischen, die in Berlin, in allen Kreisen und vielen Städten gebildet wurden, um einen friedlichen Machttransfer in die Wege zu leiten. Der Zentrale Runde Tisch erarbeitete den Entwurf für eine neue Verfassung. Der Runde Tisch Militärpolitik stellte Weichen für eine Entmilitarisierung der DDR.

Inzwischen hatten am 18.3.1990 die ersten freien Volkskammerwahlen stattgefunden, aus denen die CDU, deren KandidatInnen mehrheitlich aus opportunistisch gewendeten Altmitgliedern bestanden, mit 48,1 % als stärkste

Partei hervorging. Über sie gewann die westdeutsche Schwesterpartei zunehmend Einfluss, sodass die Volkskammer den Verfassungsentwurf des Runden Tisches ablehnte, die Weichen in Richtung Wiedervereinigung stellte und – die «friedliche Revolution» feierte, sich von deren Inhalten und Ergebnisse jedoch distanzierte. Der westdeutsche Staatsrechtler Helmut Ridder beschrieb diesen Vorgang schon 1990 als «Diebstahl einer Revolution».

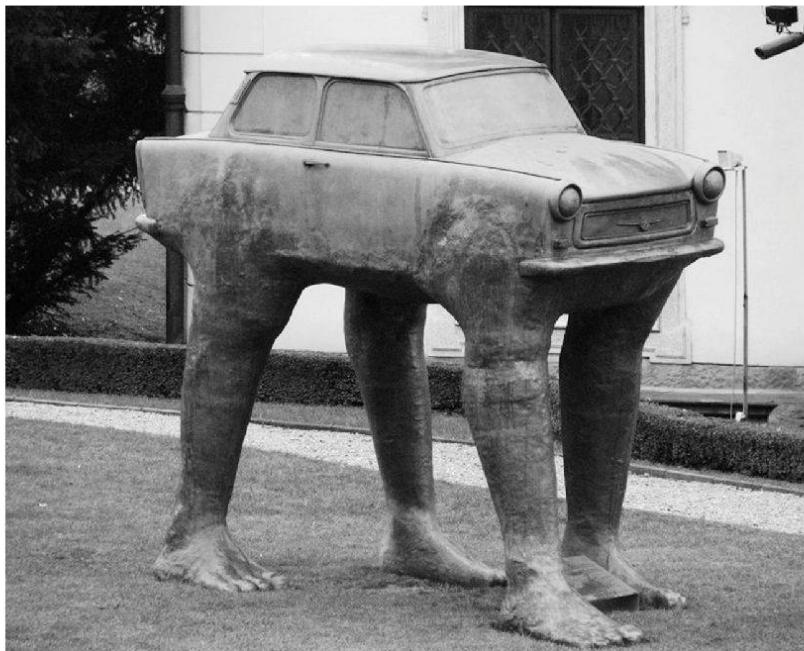
Nach zehn Jahren, im April 1999

versammelten sich in Dresden Delegierte der Ökumenischen Versammlungen, um Rückblick zu halten. In einem der dabei formulierten Texte heißt es: Habe man damals im Blick auf die DDR formuliert »In unserem Land leben viele Menschen mit enttäuschten Erwartungen«, so gelte das jetzt wieder. Denn: «Die selbstbestimmte Demokratisierung der DDR wurde von der Bundesregierung nicht respektiert. Um die Wahlen vom 18.3.1990 zu gewinnen, wurde die D-Mark und nicht die Demokratisierung zum Thema gemacht. Die vorzeitige Währungsunion präjudizierte die Wiedervereinigung als blassen Anschluss an die BRD. Das entmündigte den Osten Deutschlands abermals, nun als Beitrittsgebiet. Der Gewinn der politischen Bürgerrechte ging einher mit dem Verlust von sozialer Sicherheit.»

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich heute 57% der Ostdeutschen mehr an positive Seiten der DDR erinnern, die es in einem «Unrechtsstaat» gar nicht hätte geben dürfen. Dass dies keineswegs oberflächlicher Nostalgie geschuldet ist, die negative Erfahrungen verdrängt, verdeutlicht die Tatsache, dass 90% der Ostdeutschen sich nicht in die alte DDR zurücksehnen.

Im November 1989 hatten Christa Wolf zusammen mit dem Ostberliner Generalsuperintendenten Günter Kru-

Wende-Denkmal in der Deutschen Botschaft in Prag.



sche und anderen Persönlichkeiten einen Appell «Für unser Land» lanciert. Der Aufruf, der für eine eigenständige Entwicklung der DDR eintrat, wurde in wenigen Wochen von einer Million DDR-BürgerInnen unterzeichnet. Er konnte am Gang der Ereignisse, die immer mehr von Bonn her beeinflusst wurden, nichts mehr verändern. Jetzt hat die Schriftstellerin einen neuen Roman vorgelegt «Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud», in dem sie streckenweise noch einmal hart mit der DDR ins Gericht geht. Bei aller Schärfe mündet die Auseinandersetzung niemals in einer Pauschalverurteilung, noch führt sie etwa dazu, in dem neuen Deutschland der Banken und Milliarden, des zerstörerischen Wirtschaftswachstums und der tiefen Kluft zwischen arm und reich eine Alternative zu sehen. An einer Stelle verweist Christa Wolf auf den Spanischen Bürgerkrieg, als Menschen aus ganz Europa auf die iberische Halbinsel eilten, um die Republik gegen den Francofaschismus zu verteidigen. Im Blick auf die deutschen Spanienkämpfer heißt es dann: «Wer denkt noch an sie ... In diesem neuen Deutschland sind sie dem Vergessen überantwortet. Aber das war es doch, warum ich an dieses kleineren Deutschland hing, ich hielt es für die legitime Nachfolge jenes Anderen Deutschland, das in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, in Spanien und in den verschiedenen Emigrationsländern verfolgt und gequält, schrecklich dezimiert, doch widerstand.»

Es war dieses Andere Deutschland, in dessen Geist die Menschen 1989 auf die Straße gingen, dessen Andenken jedoch im vereinigten Deutschland wenn überhaupt, dann nur ein Nischendasein fristet. Denn für die PolitikerInnen, die dieses neue Deutschland gestalteten, war die schlimme Deformation der sozialistischen Idee in der DDR ein willkommener Anlass, ihren traditionellen Antikommunismus zu bekräftigen und

die Idee des Sozialismus in die Nähe des Faschismus zu rücken. Dabei schlugen sie die Erfahrung in den Wind, dass der Antikommunismus das Lebenselixier des Faschismus war und ist. Wenn Thomas Mann, der diese Einsicht 1943 formulierte und den Antikommunismus «die Grundtorheit» seiner Epoche nannte, im gleichen Zusammenhang betonte, dass er selbst alles andere als ein Vorkämpfer des Kommunismus sei, dann macht das deutlich: Die Alternative zum Antikommunismus ist nicht der Kommunismus, sondern der Wettstreit hu-



manistischer Konzepte in der Demokratie. Die Mehrheit der VertreterInnen des Anderen Deutschland waren keine Kommunisten, aber sie wandten sich gegen eine Verteufelung des radikalen Strebens nach sozialer Gerechtigkeit, wie es sozialistische und kommunistische Konzeptionen zum Ausdruck brachten. Sie sahen in solchen Konzeptionen nicht nur vertretbare humanistische Ziele, sondern auch ein Korrektiv und Gegengewicht gegen die letztlich zerstörerische Profitlogik des entfesselten Kapitalismus.

Solange dieses «Andere Deutschland» im weitesten Sinne kein angemessenes und verpflichtendes Gedenken findet, bleibt die deutsche Vereinigung unvollendet. •

Schüler-Kunstaktion im Erzgebirge zu zwanzig Jahren Wiedervereinigung.